

# vbb magazin

10

Oktober 2018 • 57. Jahrgang



Der Bundeswehrbeamte  
Zeitschrift des Verbandes  
der Beamten der Bundeswehr



## Taskforce, Expertengespräch und was kommt dann?

Seite 6 <

Abteilungsleiter  
Recht verabschiedet

Seite 9 <

Digitalisierung –  
Zwischen Euphorie  
und Unverständnis





© Jan Brenner / dbb

## Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

seit Anfang September brennt es auf dem Gelände der WTD 91 in Meppen im Emsland. Mittlerweile wurde durch den Landkreis Katastrophenschutz aufgelöst. Bürgerinnen und Bürger von mehreren Gemeinden im Umland sind von den Rauchschwaden, die zeitweise bis hin zur Freien und Hansestadt Hamburg zu sehen waren, betroffen. Evakuierungen wurden in Erwägung gezogen. Die zuständige Staatsanwaltschaft hat mittlerweile die Ermittlungen aufgenommen. Verantwortlichkeiten werden geprüft und ein Teil der Ermittlungen ist auch die Frage, ob bei der zu Beginn des Brandes herrschenden Witterungslage der durchgeführte Testbetrieb notwendig gewesen ist. Alles das wird Zeit in Anspruch nehmen. Wir werten es als richtiges und notwendiges Zeichen, dass die politische Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) vor Ort Präsenz gezeigt hat. Und es ver-

bieten sich Schuldzuweisungen in die eine oder andere Richtung, bevor der Sachverhalt umfänglich aufgeklärt ist. Der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) nimmt die Geschehnisse zum Anlass, sich bei allen Kolleginnen und Kollegen der Bundeswehrfeuerwehr und den zur Unterstützung zur Hilfe geeilten Soldatinnen und Soldaten für ihren aufopferungsvollen Einsatz und die professionelle Arbeit zur Bekämpfung und hoffentlich baldigen Löschung des Brandherdes zu bedanken. In diesen Dank schließen wir alle zivilen und militärischen Stellen, Behörden und Personen der Bundeswehr ein, wie alle anderen beteiligten Institutionen des Katastrophenschutzes und Hilfsdienste, die bei der Bekämpfung des Brandherdes eingesetzt sind. Wir hoffen auf ein baldiges Eindämmen und Löschen des Brandherdes und dass keiner der beteiligten Helferinnen und Helfer und betroffenen Bürgerinnen und Bürger einen körperlichen Schaden davonträgt.

Das Thema der Angleichung der wöchentlichen Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten an die der Tarifbeschäftigten des Bundes, wird den Verband auch in den nächsten Wochen begleiten. Wir berichteten bereits über unsere Unterstützung einer eingereichten Petition aus dem Bundesdienst und unsere Schreiben an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Mittlerweile haben uns auch die ersten Antworten erreicht. Das Bild ist gemischt. Von zustimmender Unterstützung bis hin zu Ablehnung. Interessanterweise kommen diese gerade aus dem Verteidigungsressort. Sowohl der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Peter Tauber wie auch der verteidigungs-

## Impressum

**Herausgeber:** Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 0228.639960. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** dbb, Fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen schriftlich beim dbb verlag. **Inlandsbezugspreis:** Jahresabonnement 29,00 € zzgl. 5,50 € Versandkosten, inkl. MwSt.; **Mindestlaufzeit** 1 Jahr. **Einzelheft** 3,20 € zzgl. 1,20 € Versandkosten, inkl. MwSt. **Abonnementkündigungen** müssen bis zum 1. Dezember beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** LN Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacyenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 59 (dbb magazin) und Preisliste 43 (vbb magazin), gültig ab 1.10.2017. **Druckauflage:** dbb magazin: 597 683 (IVW 2/2018). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

ISSN 0521-7814

>	Jetzt sehen wir klarer ...	5
>	Abteilungsleiter Recht verabschiedet	6
>	Verantwortungsvolle Arbeit	6
>	Internationales Militär Tattoo – 2. Musikfest der Bundeswehr	8
>	Traditionelle Nacht im Schloss Oranienstein des Kommandos Regionale Sanitätsdienstliche Unterstützung	8
>	Digitalisierung – Zwischen Euphorie und Unverständnis – Erster Teil	9
>	An den Themen der Zeit: Treffen der Arbeitsgruppe Technik – AGT	12
>	AG „Ratgeber für den Ruhestand“ tagt erneut und diskutiert Änderungen/Neuerungen	13
>	VBB-Kalender 2019	13
>	VBB-Informationsveranstaltung im KdoCIR	14
>	VBB-Seminare: VBB-Sonderseminar „Work-Life-Balance“ VBB setzt Seminarreihe fort	14 15
>	Wissenswertes für Senioren: Bundesseniorenseminar 2018 Beihilfebearbeitung – ein Trauerspiel	15 16
>	Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	17
>	Personalnachrichten	32

## dbb

>	Aufruf zur Wahl der Schwerbehindertenvertretungen	33
>	„Mütterrente“: Mit dreierlei Maß gemessen	33
>	100 Jahre dbb, Teil 4: Ein unrühmliches Kapitel der dbb Geschichte	34
>	nachgefragt bei ... Dorothee Bär, Staatsministerin für Digitalisierung im Bundeskanzleramt	37
>	Der Fall des Monats	39
>	Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst“ 2018: Überregulierung und Diskriminierung bekämpfen	40
>	dbb jugend	42
>	senioren Fünf Jahre dbb bundesseniorenvertretung: Positive Bilanz	44
>	interview Frank Horch, amtierender Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz	46



politische Sprecher von CDU/CSU, Henning *Otte*, sprechen sich mehr oder weniger offen gegen eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit aus. Tenor: Eine Reduzierung führt zu einem höheren Bedarf an Personal. Oder anders formuliert: „Aktuell erscheint eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit verfrüht, da sie den Stellenaufwuchs neutralisiert und somit nichts an der Arbeitsverdichtung ändern würde.“ Das ist zwar alles logisch, ist aber für die Lösung der als ungerecht empfundenen unterschiedlichen Arbeitszeit im zivilen Bereich wenig hilfreich. Wo bleibt bei dieser Aussage eigentlich die Wertschätzung für den Arbeitseinsatz des Personals unter zum Teil abenteuerlichen Rahmenbedingungen? Und wer trägt denn die Verantwortung für diese Arbeitsverdichtung? Jahrelang wurden in der Bundesverwaltung pauschal Stellen gekürzt, um Einsparungen für den Bundeshaushalt zu generieren. Im Bereich der Bundeswehrverwaltung ging jede Bundeswehrreform mit einer Reduzierung des Zivilpersonals einher, ohne vorherige Aufgabenkritik. Die

Folgen sind uns allen satzungsbekannt. Und wir weisen in diesem Zusammenhang nochmals darauf hin, dass sich die Beamtinnen und Beamten des Bundes im Nachgang zu Tarifverhandlungen mit einer Erhöhung ihrer Arbeitszeit die Erhöhung von Besoldung und Versorgung haben „abkaufen“ lassen. Im Übrigen verbunden mit der Zusage der Politik, die Wochenarbeitszeit wieder nach unten zu korrigieren. Passiert ist in all den Jahren nichts. Vertrauen in Zusagen der Politik sieht anders aus. Wahrscheinlich gilt auch hier die Konrad Adenauer zugesprochene Aussage: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern.“ Aber noch ist ja nicht aller Tage Abend. Lesen Sie hierzu bitte auch auf der Seite 5. Der VBB wird auf jeden Fall an diesem Thema dranbleiben und Sie informieren.

Neues gibt es auch aus dem Hause „Task Force BAAIN“. Für den angedachten Expertenrat, der sich neben Vertretern aus Wissenschaft, Industrie und Politik auch aus Vertretern von Gremien des Bundesministeriums der Verteidigung zusam-

mensetzen soll, hat der für Rüstungsfragen zuständige Staatssekretär *Zimmer* für den letztgenannten Personenkreis die Einladungen ausgesprochen. Absicht der Ministerin war es ja, Experten und deren Sachverstand in Fragen Rüstung, Haushalt und Beschaffungsorganisation – auch aus dem Ressort BMVg – in den Gesamtprozess einzubeziehen. Das macht Sinn. Wir haben jetzt mit Interesse vernommen, dass diese Intention der Ministerin von Herrn Zimmer durch die Einladung jeweils eines Vertreters der zivilen und militärischen Gleichstellungsbeauftragten, der Schwerbehindertenvertretung, des Hauptpersonalrates, des Gesamtpersonalrates beim BMVg und des Gesamtvertrauenspersonenausschusses (GVPA) der Soldaten umgesetzt worden sein soll. Nun werden wir sicherlich nicht die Bedeutung der genannten Gremien infrage stellen. Gleichwohl verwundert es schon, dass gerade aus der Behörde, die ja maßgeblich von jedweder organisatorischen Veränderung betroffen sein wird, derzeit – bis Redaktionsschluss – kein einziges Mitglied einer Personalvertretung zu dieser Expertenrun-

de eingeladen worden ist. Dafür aber beispielsweise mit dem GVPA eine Institution, die nur für Soldaten in den sogenannten „nicht personalratsfähigen Einheiten und Dienststellen“ zuständig ist. Dazu gehört unseres Wissens das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) nicht. Die Gründe, derentwegen Staatssekretär Zimmer auf den im BAAINBw zweifelsfrei vorhandenen Sachverstand verzichten will, erschließen sich uns nicht. Oder es ist mit der Vorgabe, Experten einzuladen, nicht weit her? Oder weiß im Zweifel die Verteidigungsministerin gar nicht, wer von ihrem Staatssekretär so alles eingeladen wurde? Verbände und Gewerkschaften sind es auf jeden Fall auch nicht. Das haben wir zum Anlass genommen, Staatssekretär Zimmer anzuschreiben und um Berücksichtigung zu bitten. Begründet haben wir unseren Wunsch mit einer Zusage der damaligen Staatssekretärin Dr. Katrin Suder. Wir gehen derzeit noch davon aus, dass Zusagen von Leitungsmitgliedern auch bei einem personellen Wechsel Bestand haben. Alles andere würde einen Paradigmenwechsel in der Zusammenarbeit und einen Vertrauensverlust sondergleichen bedeuten.

Bis zum Redaktionsschluss lag uns noch keine Antwort aus dem Büro Staatssekretär Zimmer vor. Auch hier werden wir Sie über unsere sozialen Medien informieren.

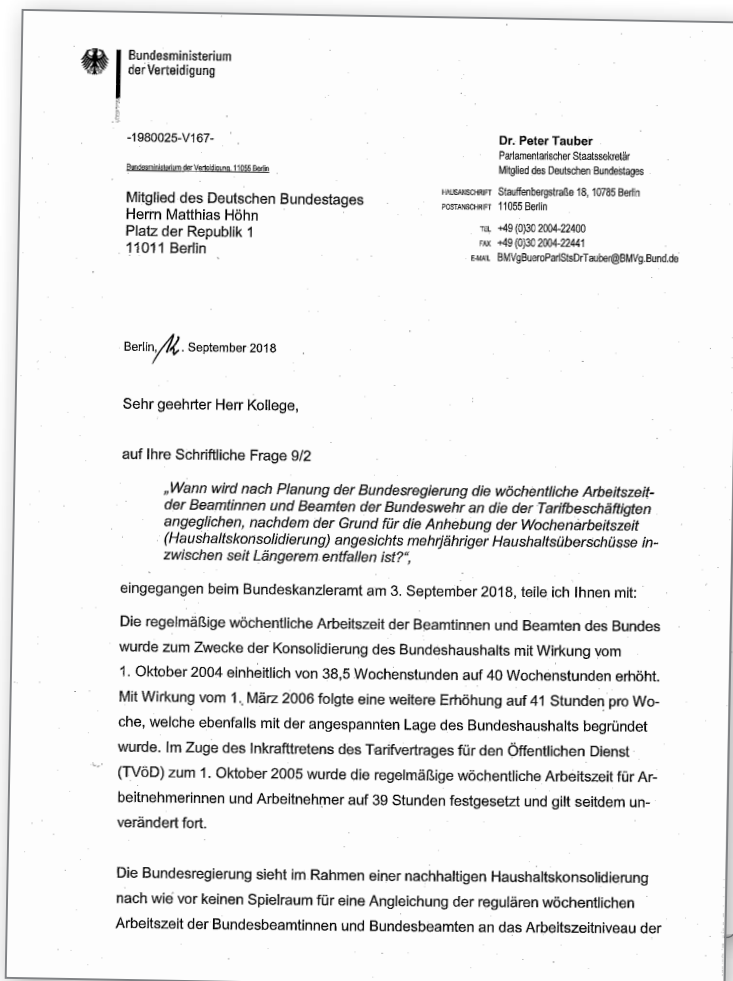
Herzlichst

Ihr

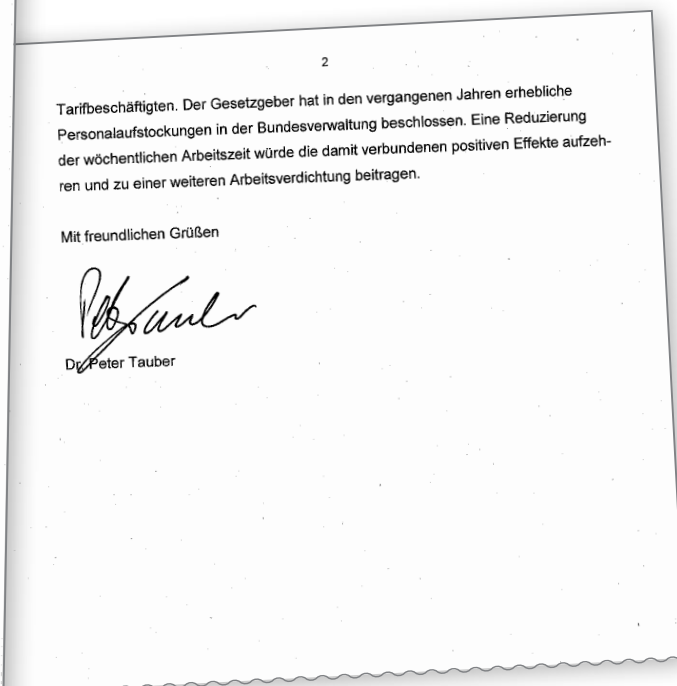


Wolfram Kamm

# Jetzt sehen wir klarer ...



- > Antwortschreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Peter Tauber, MdB, auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke. Gestellt durch den Sicherheitspolitischen Sprecher Matthias Höhn, MdB, bezüglich der Arbeitszeit.



Die Erhöhung der Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte auf 41 Stunden im Jahr 2006 erfolgte mit der Absicht der Konsolidierung des Bundeshaushalts.

Das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) machte wiederholt deutlich, dass weiterhin kein Handlungsspielraum für Änderungen der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden im Arbeitszeitrecht besteht.

Dieser Argumentation schließe ich mich an.

Darüber hinaus weise ich darauf hin, dass die Arbeitszeiten von Beamtinnen und Beamten über alle Ressorts einheitlich geregelt sind. Die Beamtinnen und Beamten aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung stellen hinsichtlich ihrer wöchentlichen Dienstzeiten keine Ausnahme gegenüber anderen Ressorts dar.

Ich hoffe, dass Ihnen meine Antwort dienlich war.

Mit freundlichen Grüßen

16  
  
Henning Otte MdB  
Verteidigungspolitischer Sprecher  
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

# Abteilungsleiter Recht verabschiedet

Mit einer Serenade wurde am 12. September 2018 in Berlin der Leiter der Rechtsabteilung, Dr. Dieter Weingärtner, in den Ruhestand verabschiedet.

In einer kurzweiligen Rede skizzierte Staatssekretär Gerd Hoofe den beruflichen Werdegang und vielfältigen Verwendungen Dr. Weingärtners innerhalb und außerhalb des

öffentlichen Dienstes, bevor ihn im Jahre 2002 der Ruf des damaligen Verteidigungsminister Dr. Peter Struck erteilte und er zum Abteilungsleiter der Rechtsabteilung ernannt

wurde. Fünf Verteidigungsminister (einschl. Frau Dr. Ursula von der Leyen) und 16 Jahre später erfolgte jetzt die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. Über die Parteigrenzen hinweg war die stille und doch so kompetente Art Dr. Weingärtners geschätzt, so Gerd Hoofe, der das eine oder andere juristische Fachgespräch genossen hat.

Nach der Aushändigung der Urkunde beschrieb Dr. Weingärtner in seiner Abschiedsrede seine ersten Erfahrungen mit der Bundeswehr als Soldat auf Zeit für zwei Jahre und wie ihn der

Weg über viele weitere berufliche Stationen wieder zur Bundeswehr führte. Als dienstältester Leiter der Rechtsabteilung hat sich Dr. Weingärtner nun in den Ruhestand verabschiedet.

Der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) dankt Dr. Weingärtner für seine geleistete Arbeit und die vielen gute Gespräche über all die Jahre. Ihm und seiner Familie wünschen wir alles Gute für die Zukunft.



© Andreas Paul Schöniger (2)



## Verantwortungsvolle Arbeit

Seit Anfang September brennt es auf dem Gelände der WTD 91 in Meppen im Emsland. Mittlerweile wurde durch den Landkreis Katastrophalarm ausgelöst.

Bürgerinnen und Bürger von drei Gemeinden im Umland sind von den Rauchschwaden, die bis hin zur Freien und Hansestadt Hamburg zu sehen sind, betroffen. Evakuierungen werden in Erwägung gezogen.

Die zuständige Staatsanwaltschaft hat mittlerweile die Ermittlungen aufgenommen. Verantwortlichkeiten werden geprüft und ein Teil der Ermittlungen ist auch die Frage, ob bei der zu Beginn des Brandes herrschenden Witterungslage der durchgeführte Testbetrieb notwendig gewesen ist. Alles

das wird Zeit in Anspruch nehmen.

Der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) nimmt die Geschehnisse zum Anlass, sich bei allen Kolleginnen und Kollegen der Bundeswehrfeuerwehr und den zur Unterstützung zur Hilfe geeilten Soldatinnen und Soldaten für ihren aufopferungsvollen Einsatz und die professionelle Arbeit zur Bekämpfung und hoffentlich baldigen Löschung des Brandherdes zu bedanken.

In diesen Dank schließen wir alle zivilen und militärischen

Stellen, Behörden und Personen der Bundeswehr ein, wie alle anderen beteiligten Insti-

tutionen des Katastrophenschutzes und Hilfsdienste, die bei der Bekämpfung des Brandherdes eingesetzt sind. Wir hoffen auf ein baldiges Eindämmen und Löschen des Brandherdes und dass keiner der beteiligten Helferinnen und Helfer und betroffenen Bürgerinnen und Bürger einen körperlichen Schaden davon trägt.



© leolennart / Fotolia.com